

An den Oberbürgermeister der Stadt Bernburg
An den Vorsitzenden des Stadtrates Bernburg
An die Mitglieder des Stadtrates

Bernburg, den 29.01.19

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Unterstützung der Abschaffung der Straßenausbeiträge in Sachsen-Anhalt und damit auch in Bernburg (Saale) mit seinen Ortsteilen

Sehr geehrter Herr Schütze,
Sehr geehrter Herr Weigelt,
Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

hiermit möchten wir folgenden Antrag zur Thematik „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt“ stellen:

Beschlussvorlage:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt den Oberbürgermeister und seine Stellvertreter zu beauftragen, sich bei der Landesregierung und beim Städte- und Gemeindebund des Landes Sachsen-Anhalt für die Prüfung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt einzusetzen.

Begründung:

Die Erhebung der Straßenausbaubeiträge steht in vielen Bundesländern in der Kritik. In Bayern, Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg wurden die Straßenausbaubeiträge bereits abgeschafft – auch rückwirkend. Straßensanierungen werden dort nun stattdessen aus den Steuern aller Einwohnerinnen und Einwohner gezahlt. Ein gerechteres System wie wir finden, denn schließlich wird eine Straße nicht nur von den dort anliegenden Grundstückseignern genutzt, sondern auch von anderen Menschen. Wieso sollte daher nur eine Gruppe für die Sanierung bezahlen?

Den baulichen Sanierungen für eine lebenswerte Stadt Bernburg mit einer funktionstüchtigen Infrastruktur stehen wir keineswegs im Weg. Diese sollte aber nicht nur auf den Rücken einzelner Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge würde nicht nur die Akzeptanzprobleme bei den Bürgern entfallen. Es würde auch die ineffiziente und ungerechte Erhebung beseitigt werden.

Wir finden, dass es an der Zeit ist, den Bürger von der Abgabelast zu entlasten und halten die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für ein geeignetes Mittel. Wie auch in anderen Bundesländern bereits erfolgt, muss sich auch das Land Sachsen-Anhalt zu seinen Kommunen und Gemeinden bekennen und sie mit einer Gegenfinanzierung für die Sanierung der kommunalen Straßen unterstützen. Da das Land diesen Weg nicht selbstständig beschreitet, muss der Druck nunmehr aus den Kommunen kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Bittner
Fraktionsvorsitzende